



### Österreich



#### Neue linke Partei: Was wäre zu tun?

In den letzten Wochen gab es eine Reihe von Berichten und Kommentaren zur Frage einer neuen politischen Kraft. Die Erfolge der Linken in Deutschland geben der Hoffnung vieler auf eine neue linke Partei Nahrung. VORWÄRTS geht der Frage nach, wie konkret diese Initiativen sind.

SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### ÖBB trotz neuer Chefs weiter unter Beschuss

Die Personalsituation bei den Bundesbahnen ist weiter dramatisch – mehr Verkehr, viel zu wenig Personal. In ganz Europa führten LokführerInnen erfolgreiche Streiks. Viele würden sich das auch in Österreich wünschen.

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### EURO 2008: Hände weg von unserem Spiel

Im Windschatten der Euro versuchen Konzerne ihre Profite in die Höhe zu treiben, Innenminister den Polizeistaat auszubauen und Rassisten am Stammtisch billige Punkte einzufahren.

SEITEN 4/5

### Internationales



#### 60 Jahre Israel: Kein Ausweg aus der Krise?

60 Jahre nach der Gründung Israels finden sich die Menschen auf beiden Seiten des Konflikts in einem nicht enden wollenden Horrorszenario. VORWÄRTS untersucht die Stimmung im Jubiläumsjahr.

SEITE 7

## Gesundheit ist Menschenrecht – Optimale und kostenlose Versorgung für Alle!

# Regierungspläne sind krank!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Nach dem Aus für den freien Bildungszugang, Aufrüstung und der de facto Abschaffung einer Pension von der man noch leben kann für Jüngere, ist nun das Gesundheitswesen dran. Angeblich geht es nur um "die Beibehaltung eines der weltbesten Gesundheitssysteme" (O-Ton Sozialpartner). Aber hinter solchen Behauptungen steht eine Liste von Verschlechterungen. Klar ist: diese Regierung macht krank!

#### Krank durch Arbeit

Mindestens 15.000 Menschen in Österreich werden aufgrund von Berufskrankheiten pro Jahr arbeitsunfähig. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher, da viele Leiden nicht als Berufskrankheiten anerkannt werden. Arbeit macht krank: durch giftige Substanzen, durch schlechte Haltung, durch schweres Heben, durch Stress - kaum ein Beruf, der nicht davon betroffen ist. Und die Regierung hat dafür gesorgt, dass wir mehr von dieser krankmachenden Arbeit haben "dürfen" - z.B. durch die Verlängerung der zulässigen Höchstarbeitszeiten auf 12 Stunden pro Tag.

#### Krank durch Armut

Eine halbe Million Menschen in Österreich sind akut arm. Eine weitere Million ist Armutsgefährdet. Zwischen Armut und Krankheit besteht ein Zusammenhang - die Möglichkeiten zur Entspannung und Regeneration sind geringer, der Zugang zum Gesundheitswesen dank Zwei-Klassen-Medizin schlechter. Daran wird sich - Gusenbauer & Co. sei Dank - nichts ändern. Durch die Mogelpackung "Bedarfsorientierte Grundsicherung" wird der Druck auf arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen drastisch ansteigen - und damit der Stress. Dank steigender Steuerlast und sinkenden Reallöhnen einerseits, sowie immer mehr prekärer Teilzeitjobs andererseits steigt die An-

Gesundheitsreform:  
Operation gelungen –  
Patient tot

zahl der "working poor" - also jener Menschen die trotz Job arm sind. Gleichzeitig wird ihr Zugang zum Gesundheitswesen verschlechtert.

#### Krank durch Kürzungen

Wirtschaft und Regierung bejubeln den Rückgang bei den Krankenstandstagen. Gleichzeitig gehen rund 60% der Beschäftigten krank zur Arbeit. Dass verkürzt laut einer britischen Studie nachweislich die Lebenszeit. Aber wahrscheinlich freut sich die Regierung darüber noch, weil dann ja kürzer Pension "kassiert" wird.

Die Kürzungen im Gesundheitswesen, die es bereits gegeben hat, sind von einem sozialen und medizinischen Standpunkt aus Irrsinn. Statt die Vorsorgemedizin zu stärken werden Symptome behandelt. Die Einführung bzw. Erhöhung von Selbstbehalten schließt Menschen mit niedrigem Einkommen systematisch von gewissen Leistungen aus.

Die jüngsten Vorschläge zur "Gesundheitsreform" gehen in dieselbe Richtung: ÄrztInnen sollen "wirtschaftlicher" arbeiten - d.h. dann wohl je weniger Zeit mit PatientInnen und je bil-



liger die Therapie desto "wirtschaftlicher". Durch die Einführung einer PatientInnen-Quittung soll uns ein schlechtes Gewissen gemacht und weitere Leistungsstreichungen vorbereitet werden. Die ÄrztInnen-Dichte soll reduziert werden und die Privatisierung bzw. Schließung des Wiener Hanusch-Spitals wird vorbereitet.

#### JedeR hat optimale medizinische Versorgung verdient

Gesundheit - so sollte man meinen - ist ein menschliches Grundrecht. Die Realität sieht anders aus. Wer Geld hat, kann sich die bestmögliche Versorgung kaufen - wer keines hat, hat Pech. Als Argument für "Sparmaßnahmen" im Gesundheitswesen wird oft gesagt, es werde nun zu teuer weil die Menschen älter werden und es medizinischen Fortschritt gibt. Hinzu kommen allerdings noch die Einnahmefälle bei den Krankenkassen durch z.B. die Schulden der Unternehmen bei den Kassen (ca. 1 Milliarde Euro) und die steigenden Gewinne der Pharmaindustrie. Es ist also nicht zuwenig Geld da. Aber Gusenbauer & Molterer bitten lieber uns alle zur Kasse als ihren Regie-

rungsfreund, den Wirtschaftsminister Bartenstein, selbst Teilhaber an einem Pharmakonzern.

#### ÖGB: Widerstand statt Zustimmung nötig

Wieder einmal hat die ÖGB-Spitze Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zugestimmt indem sie die jüngste "Gesundheitsreform" mitentworfen hat. Durch Kürzungen im "Verwaltungsapparat der Krankenkassen" sind Beschäftigte direkt betroffen - durch die Verschlechterungen bei der medizinischen Versorgung ebenfalls.

Auch wenn es der Ärztekammer v.a. um die Sicherung ihrer eigenen Einkommen geht ist es doch erschreckend, dass sich diese wehren, der ÖGB aber still bleibt. Aber in den Krankenkassen und den Gewerkschaften gibt es immer mehr KollegInnen, die die "Reform" nicht einfach hinnehmen wollen. Das ist gut so. Statt den UnternehmensvertreterInnen ein Veto in den Krankenkassen zu ermöglichen, sollten GewerkschafterInnen lieber die Idee der Ärztekammer aufgreifen, und Kampfmaßnahmen und Streiks während der Euro für eine bessere medizinische Versorgung organisieren.



## Der Standpunkt

Wer früher stirbt,  
ist länger tot...

von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin



...und kassiert kürzer Pension. Es folgt eine Anleitung Ihrer Bundesregierung, wie Sie zum perfekten Pensionisten werden:

- 1) Ernähren Sie sich ungesund – am besten durch fettes, schadstoffreiches Essen. Das erhöht Ihre Chance auf einen Herzinfarkt. Die Bundesregierung unterstützt Sie dabei, indem Sie bei den Vorsorgeuntersuchungen kürzt.
- 2) Arbeiten sie zuviel und zu schwer – umso mehr Stress, umso besser. Die Regierung unterstützt Ihre Bemühungen in diese Richtung durch die Verlängerung der maximalen Tagesarbeitszeit und eine Förderung prekärer Jobs.
- 3) Wenn Sie eine Frau sind, dann haben Sie leider eine längere Lebenserwartung. Aber Gusenbauer & Co. arbeiten an der Behebung des Problems, indem sie dafür sorgen, dass ihre Mehrfachbelastung – Familie, Haushalt, Beruf, Pflege von Angehörigen – nicht weniger wird.
- 4) Nehmen Sie sich keine Zeit für Dinge, die Ihnen Spaß machen – wenn Ihr Leben in der Pension einen Sinn hat, dann hängen Sie zu sehr daran. Auch hier greift Ihnen die Regierung hilfreich unter die Arme, indem Sie ihr Leben mit Arbeit füllt und Freizeit teuer macht.

Wenn Sie dieses Programm absolvieren, können Sie der perfekte Pensionist werden. Nehmen Sie sich an Ex-Bundespräsident Klestil ein Vorbild – der ist knapp vor Pensionstritt gestorben!

Sollte das Programm aber nicht geholfen haben, Sie mit 65 noch leben und nicht mehr arbeiten können oder wollen, dann haben Buchinger & Barstenstein nun ein Notprogramm vereinbart: Wenn die Lebenserwartung von 65-Jährigen um mehr als sechs Monate steigt errechnet eine "Pensionskommission" den Mehrbedarf für das Pensionssystem. Und dann greift der Sozialminister per Verordnung ein: Der Mehraufwand wird "verteilt". Das Pensionsalter und die Beiträge werden erhöht, die Pensionshöhe, sowie die jährliche Pensionsanhebung, reduziert und am Bundesbeitrag wird gedreht. Lästige politische Debatten oder gar Abstimmungen braucht es nicht mehr, weil ja per Verordnung zu regeln. Sehr praktisch für die jeweilige Regierung. Aber noch besser ist es, wir sterben einfach früher, dann ersparen wir dem Sozialminister die lästige Arbeit.

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Neue linke Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche notwendig.  
Doch was machen die Kräfte, die es in der Hand haben?

# Die Zeit ist reif!

Stellungnahme der  
SLP-Bundesleitung

In den letzten Wochen gab es eine Reihe von Berichten und Kommentaren zur Frage einer neuen politischen Kraft. Die Erfolge der Linken in Deutschland geben der Hoffnung vieler auf eine neue linke Partei Nahrung.

## Konkrete Schritte statt Ausflüchte nötig

Der KP-Steiermark kommt aufgrund ihrer relativen Stärke in einem Neuformierungsprozess eine wichtige Rolle zu. Parteder (Vorsitzender KP-Steiermark) hat grundsätzlich Recht, wenn er meint, eine solche neue Formation würde nicht per schlichten Zusammenschluss existierender Gruppen entstehen. Korrekterweise fordert er "konkrete Aktionen" (Kampagnen gegen Teuerungen, Wohnungsnot etc.), sieht diese aber im Widerspruch zu einem solchem, neuen Parteiprojekt. Doch das Entstehen der "Linken", genauer der WASG (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit) in Deutschland war unmittelbar mit den Protesten gegen Hartz IV verknüpft. Tatsächlich versteckt sich die KP-Steiermark hinter "Kampagne statt Diskussion"



Eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ist notwendig. Nach Ansicht der SLP sollte sie aktiv, kämpferisch und sozialistisch sein.

und hinter der Warnung, ein solches Projekt dürfe nicht scheitern. Ja, es gibt die Gefahr des Scheiterns, aber diese wird nicht verkleinert, indem das Projekt auf Eis gelegt wird, sondern indem aus internationalen Erfahrungen gelernt wird. Auch die Tatsache, dass es keinen "österreichischen Lafontaine" gibt, darf keine Absage an ein solches Projekt sein. Bekannte Persönlichkeiten helfen, aber sie ersetzen keine mühsame Aufbauarbeit (und funktionierende demo-

kratische Strukturen!).

## Wie kann es gelingen?

Die SLP sieht es als ihre Aufgabe, durch Arbeit in sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften sowie durch die Propagierung der Idee einer neuen politischen Kraft UND durch konkrete Schritte, den Neuformierungsprozess aktiv zu unterstützen. Wir möchten in die Debatte auch die Erfahrungen mit ähnlichen Projekten in anderen Ländern ein-

bringen. Folgende "Zutaten" sind für das Gelingen nötig:

1. Eine neue Formation muss eine aktive, kämpferische Politik fahren. Sie beschränkt sich nicht auf Kommentare, sondern greift in Kämpfe ein bzw. initiiert diese auch.
2. Eine neue Formation braucht demokratische Strukturen, in denen Individuen ebenso wie existierende Organisationen sich einbringen können.

3. Eine neue Formation beschränkt sich nicht auf eine Kritik kapitalistischer Auswüchse, sondern stellt den Kapitalismus an sich in Frage. Bleibt sie in der kapitalistischen Logik verhaftet, findet sie sich rasch bei der Legitimierung von Sozialabbau wieder.
4. Gerade in Österreich und angesichts der Stärke der FPÖ braucht eine solche neue Formation eine klar antirassistische Haltung.

## Amstetten: Der Fall F.

# Einzigartig ist das Ausmaß, leider nicht die Tat

Das Schicksal von Elisabeth F. und ihren Kindern ist erschreckend und in seiner Dimension sicherlich einzigartig. Leider ist es aber kein Einzelfall – die systematische Unterdrückung und sexuelle Misshandlung von Frauen ist Teil unserer Gesellschaft. Mit Abscheu sehen wir die Versuche der Medien, aus dem Leid der Betroffenen Profit zu schlagen. Die Opfer werden zu Gejagten und "Gefangenen" der Presse. Wir begrüßen die Solidaritätsaktionen der Bevölkerung – sie zeigen, dass das Gerede von der "Entsolidarisierung der Gesellschaft" Blödsinn ist. Im Gegensatz dazu stehen die widerlichen Versuche der Politik, politisches Kleingeld aus dem Fall zu schlagen. Im Mittelpunkt der Sorge von Gusenbauer & Co. steht "das Image" Österreichs – und nicht die Opfer.

## Law & Order als Lösung?

Der Reflex vieler Menschen, "das gehört hart bestraft", ist zwar absolut verständlich. Tatsächlich gehört Österreich aber bereits zu den Ländern mit harten Strafen bei Sexualdelikten. Härtere Strafen sind daher offensichtlich ein unzu-

reichendes Mittel: Sie haben dieses Verbrechen nicht verhindert. Sie gehen nämlich an den gesellschaftlichen Ursachen völlig vorbei. Die Versuche von FPÖ und BZÖ diese Stimmung für Law & Order-Forderungen zu missbrauchen sind scheinheilig – sind sie doch sonst für zotige Männerprüche durchaus zu haben.

## Regierung spart bei Sozialeinrichtungen

Aufgrund einiger spektakulärer Fälle hat zuletzt zwar eine Sensibilisierung gegenüber Gewalt an Frauen und Kindern stattgefunden. Doch die Hilfe für die Opfer ist nach wie vor gering. Tatsächlich wird von den Herrschenden in diesen Bereichen sogar der Rotstift angesetzt.

## Klassengesellschaft und sexuelle Gewalt

Warum versuchen Medien und Politik den Fall als Einzelfall darzustellen? Wenn die Ursachen allein beim "kriminellen Potential" des einzelnen liegen, gibt es für die Politik keine Notwendigkeit, Missstände aufzugreifen. Zweifellos ist die Tat von Josef

F. in ihrem Umfang ein Extremfall und durch nichts zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Aber WAS er getan hat – systematische Vergewaltigung, Kidnapping und Freiheitsberaubung – kommt wesentlich öfter vor: Jedes 3./4. Mädchen und jeder 7./8. Junge wird mindestens einmal sexuell missbraucht. Die TäterInnen (meist Männer) kommen zu über 90 % aus dem sozialen Nahbereich der Opfer – als Verwandte bzw. Bekannte der Familie. Obwohl das bekannt ist, wird darüber weitgehend hinweggesehen.

## Können solche Verbrechen künftig verhindert werden?

Wir müssen das Problem an der Wurzel packen: Es geht darum, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Kinder sich frei und selbstbewusst entwickeln können. Dass es weder finanziellen noch sozialen Druck gibt, gewalttätige Beziehungen aufrecht zu erhalten. Dass Menschen nicht als Eigentum betrachtet werden.

## Wir schlagen vor:

- Ausbau von Umfang und

Qualität der Kinderbetreuung: Es entspricht dem Entwicklungsbedürfnis von Kindern in einer Gemeinschaft aufzuwachsen. So ist ein Kind auch eher in der Lage, zu erkennen, wenn zuhause etwas falsch läuft. Geschulte Betreuungspersonen, die ausreichend Zeit haben, erkennen leichter, wenn ein Kind Opfer von Missbrauch ist.

- Mehr Geld und Ressourcen für Sozial- und Kinderschutzinstitutionen: Sie müssen in Umfang und Qualität so ausgebaut werden, dass sie Kindern als sichere Alternative zur Verfügung stehen.
- Mehr Geld und Ressourcen für Frauenhäuser und Opferschutz.
- Der ÖGB muss für Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen, die Frauen ein selbst bestimmtes Leben unabhängig von Eltern/Partner ermöglichen: Für günstige Wohnungen, einen Mindestlohn von 1100,- netto sowie das Recht auf einen Vollzeit Arbeitsplatz.
- ArbeiterInnenorganisationen müssen – gerade

auch in den eigenen Reihen – klar gegen jede Form von Sexismus auftreten: Sexismus ist kein Kavaliärsdelikt – er fördert ein Klima in dem "so etwas geschehen kann".

- Frühe Sexualerziehung sowie Erziehung zur Selbstständigkeit: Wir wollen Kinder, die lernen auf die Grenzen des eigenen Körpers zu achten. Ein Kind soll und darf "Nein" sagen.
- Dazu braucht es mehr als die Familie: Eine andere Gesellschaft. Als SozialistInnen treten wir für eine Gesellschaft ein, in der die Bedürfnisse von Menschen vor Konkurrenzdenken und Profit stehen. Zwar ist selbst in einer sozialistischen Gesellschaft nicht ausgeschlossen, dass es Menschen mit emotionalen und psychischen Störungen gibt. Aber es wird keine Grundlage für jene Millionen "familiärer Gefängnisse" geben, in denen heute so viele Menschen misshandelt werden.

Gekürzte Fassung.  
Volltext auf [www.slp.at](http://www.slp.at)



# Der talentierte Lehrer und seine Feinde

... oder: sind jetzt die LehrerInnen an allem schuld?

von Albert Kropf, SLP-Wien

Seit einigen Wochen ist das Thema Schule wieder in den Medien vertreten. Auslöser dafür war nicht die Veröffentlichung der neuen PISA-Studie. Es war das Erscheinen des Buches "Der talentierte Schüler und seine Feinde" von Andreas Salcher.

## Es liegt am System!

Bei PISA schneidet Österreich schlecht ab. Dabei wird nicht auswendig gelerntes Wissen abgeprüft, sondern die Anwendung von Erlerntem. Das bricht mit vielen herkömmlichen Prüfungsmethoden, die auch heute noch z. B. zu 100 Prozent auf den Universitäten angewandt werden. Jedesmal gab es viel Diskussion, geändert hat sich allerdings noch nicht viel. Die verantwortlichen PolitikerInnen schieben sich seit Jahren gegenseitig den "Schwarzen Peter" zu. Dabei stand de facto außer Zweifel, dass der Grund für den Misserfolg ein "Systemfehler" ist. Bis jetzt.

## Bequeme Parolen

Salchers Buch bietet eine bequeme Lösung für die Verantwortlichen: Es liegt nicht an den politischen Weichenstellungen, sondern an den LehrerInnen. Seitdem hagelt es Kritik und Negativbeispiele werden aufgebauscht. Plötzlich gibt es auch schon viele "gute" Ideen, wie die Qualität der LehrerInnen (nicht der Schule oder Ausbildung!) gehoben werden. Ganz oben steht die "Qualitätskontrolle" für LehrerInnen. Von Zeit zu Zeit soll ausgesiebt werden. Zum Schutz für den talentierten Schüler - versteht sich. Das wären dann Großteils ältere LehrerInnen, bei denen z. B.

die Burn-Out Rate eine der Höchsten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist.

## Die Gesellschaft ändert sich

Natürlich gibt es auch wirklich schlechte LehrerInnen. Jeder/m von uns fällt sofort eine/r aus der eigenen Schullaufbahn ein. Aber darum geht es jetzt nicht. Über die Schule und ihre Aufgaben wird diskutiert seit es die Schule gibt. Die Schule ist immer ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. In ihr finden sich nicht nur alle gesellschaftlichen Trends wieder, sie sind teilweise sogar verstärkt. Eine Gesellschaft, die zunehmend auf Konkurrenzdruck aufgebaut ist, darf sich nicht wundern, wenn die Schattenseiten davon plötzlich auch in der Schule auftreten.

Auch die "heilige" Familie als Keim unserer Gesellschaft zerbricht an der Realität. Es gibt nur noch wenige Familien, wo nicht beide Elternteile arbeiten müssen, um die Familie über Wasser zu halten. Die durchschnittliche Arbeitszeit steigt durch Überstunden bzw. durch Menschen, die zwei oder drei Jobs zum Überleben brauchen. Da bleibt nicht mehr viel Zeit für die Kinder und deren Erziehung.

Vor 20 Jahren, als die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei war, ist sie für eine verstärkte öffentliche Kindererziehung eingetreten. Die Frauen sollten auch die Möglichkeit nach einer Verwirklichung im Berufsleben haben - und noch wichtiger - sie sollten unabhängig(er) von den Männern werden. Für die ÖVP damals tabu. Heute aber gesellschaftliche Realität nur mit der wesentlichen Einschränkung, dass es nur unzureichende öffentliche Kindererziehung gibt!

Immer wenn in den Schulen nicht alles rund läuft, wird nach "besseren" LehrerInnen gerufen. Die Vorbilder, die die Politik bemüht, sind oft nicht die besten.



## Jugend ohne Perspektiven

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Perspektivenlosigkeit vieler Jugendlichen noch in der Schule. Die vor zwei Jahren wegen ihrer gewalttätigen SchülerInnen in Berlin bekannt gewordene Rütli-Schule zeigt sehr gut wohin die Reise geht. Die überwiegende Mehrzahl der AbgängerInnen dieser Schule, wusste, dass sie keine Chance auf einen Job oder Ausbildungsplatz hat. Und das mit 16 Jahren! Gewalt als Resultat von Perspektivenlosigkeit.

Eine Studie aus dem Frühjahr 2006 zeigt, dass auch in Österreich 41,5 % der 11- bis 15-Jährigen in den vergangenen Monaten zumindest ein-

mal schikaniert wurden. 40,5 % der gleichen Altersgruppe war innerhalb eines Jahres an einer körperlichen Auseinandersetzung in der Schule beteiligt (Quelle: GÖD 3/2008).

## Gewerkschaftsführung ohne Antworten

Fassen wir zusammen. Die Mehrzahl der Probleme an den Schulen sind keine schulspezifischen Probleme. Es sind Probleme der Gesellschaft, die sich in der Schule widerspiegeln. Sollen sie gelöst werden, müssen sie gesellschaftlich gelöst werden. Die Politik will nur den Druck auf die LehrerInnen erhöhen, was sie gestresster und damit si-

cher nicht besser macht.

Die Antworten, die von Seiten der Gewerkschaft (GÖD) gefunden wurden, gehen in die falsche Richtung oder kratzen nur an der Oberfläche. Natürlich müssen die jetzigen und bald kommenden Angriffe zurückgeschlagen werden. Die Forderung nach der Aufrechterhaltung eines "differenziertes" Schulsystem und einer Teilung der Wissensvermittlung in der Schule und die Erziehung als Aufgabe der Eltern, hat mit der Realität nichts mehr zu tun. Stattdessen braucht es eine Schulreform zu einer Gesamtschule mit integrierter Berufsorientierung und -ausbildung.

## Ihr da oben, ...

### Nachtrag EU-Reformvertrag: Industriellenvereinigung jubelt

Die Mainnummer ihrer Mitgliederzeitung hat die IV ganz dem Jubel über den ratifizierten EU-Vertrag von Lissabon gewidmet. Sie sei stets Motor "Nr.1" für das Europa, welches der Vertrag repräsentiere, gewesen. Besonders freut die IV die klare "Betonung" der Marktwirtschaft sowie die Pflicht zur Haushaltsdisziplin. Die gesamte Ostintegration war aus Sicht der IV vor allem eines: Ein gutes Geschäft. Der nächste Kandidat sei übrigens schon bereit: Der Beitritt Kroatiens wäre für "Österreich" (vgl. IV) "ein Gewinn"...

### Arbeiterkammer Oberösterreich: Wer zahlt, wird schneller operiert!

Das Institut für Höhere Studien (IHS) hat im vergangenen Jahr eine Studie zu Wartezeiten auf geplante Operationen in Österreich veröffentlicht. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat sich die Ergebnisse für OÖ näher angeschaut und um eigene Recherchen ergänzt. Das Ergebnis: Eine private Kranken-Zusatzversicherung wirkt bei weniger dringenden Fällen beschleunigend. Bei Hüft- und Knieoperationen müssen "normale" PatientInnen zwei bis 3,5mal so lang warten wie privat Versicherte.

### Notruf - Rettet die Retter

Rund 60 Krankenwagen mit Betriebsräten und Beschäftigten des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK), der Johanniter und des Arbeiter-Samariter-Bundes fuhren am Vormittag des 21. Mai im Schritttempo über die Ringstrasse zum Ballhausplatz. Mit dieser Aufsehen erregenden Kundgebung in der Wiener Innenstadt machten die privaten Rettungs- und Krankentransporte auf die zunehmende Verschlechterung ihrer Einkommen und der Arbeitsbedingungen aufmerksam. Rund 100 BetriebsrätInnen und Beschäftigte des ÖRK, der Johanniter und des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) traten für einheitliche Standards in allen Rettungs- und Krankentransportorganisationen ein und fordern einen einheitlichen Kollektivvertrag oder die Satzung des ÖRK-Kollektivvertrags für alle Rettungs- und Krankentransporte. In den letzten Jahren sind zwei Kollektivverträge entstanden, die für den Bereich Rettungs- und Krankentransporte im ÖRK und bei den Johannitern gelten. Für alle anderen Rettungs- und Krankentransporte herrscht derzeit ein vertragsfreier Zustand. Außerdem wurden bei der Kundgebung unhaltbare Zustände wie 60 Stunden Normalarbeitszeit, unbezahlte Überstunden und andere arbeits- und sozialrechtliche Missstände schärfstens kritisiert.

(Bericht GPA, gekürzt)

# ÖBB trotz Führungswechsel weiter unter Beschuss

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Mit dem Antritt des neuen Generaldirektors Klugar gab die Regierung das Versprechen ab, kein weiteres Personal abzubauen. Die großspurige Ankündigung nicht unter die Zahl von 43.000 aktiven EisenbahnerInnen zu gehen, täuscht darüber hinweg, wie groß der Personalmangel bei der ÖBB inzwischen ist. Der Verkehr nimmt zu - die ÖBBler werden immer weniger. Besonders groß ist der Personalmangel europaweit bei den LokführerInnen, ein Grund warum in vielen Ländern LokführerInnenstreiks und -Proteste erfolgreich waren und sich viele ÖBBlerInnen Streiks wie in Deutschland wünschen.

Drastisch auch die Situation bei den ZugbegleiterInnen: nicht selten passiert es dass man auf einer Zugfahrt Wien/Linz keine ZugbegleiterInnen mehr um Auskunft fragen kann. Veräppelt fühlen sich viele ZugbegleiterInnen durch eine Werbeaktion der Österreichischen Beamtenversicherung - ÖBV, die von der Gewerkschaft massiv gepusht wird. Im Rahmen der EURO 08 wird ein "Superschutz für VIDA-Mitglieder angeboten". Für nur acht Euro im Monat gibt's 10.000 Euro im Ablebensfall oder - nicht ganz so dramatisch - zehn Euro Taggeld ab dem achten Krankenstandstag. Mit Sätzen wie: "Man weiß ja nie was für Hooligans während der Euro Zugfahren" wird die Unfallver-

sicherung beworben. Das mulmige Gefühl vieler ZugbegleiterInnen wird einfach zum ab-cashen ausgenutzt. Dabei wäre ausreichendes Personal eines der wichtigsten Dinge, um einen hohen Sicherheitsstandard gewährleisten zu können.

Auch die Privatisierung und weitere Einsparungen sind nicht vom Tisch. Das - hochlukrative - Gütergeschäft und die momentane Entwicklung der EU fördert die Privatisierungstendenzen. Der Güterverkehr wird über die "RailCargo Austria - RCA" (noch 100%ig in ÖBB-Besitz) abgewickelt. Die Teilprivatisierung stand schon im Wahlprogramm der ÖVP für die NR-Wahl 2002. Auch jetzt ist das Thema nicht vom Tisch: die Privatisierung der RCA ab 2010 ist für ÖVP-

Verkehrssprecher Kukacka "ein strategisches Ziel".

Mit 2010 soll auch EU-weit ein weiterer Schritt in der Schienenliberalisierung vollzogen sein. Das österreichische Schienennetz wird noch weiter für alle Verkehrsunternehmen geöffnet. Billigstbieter werden verstärkt zum Zug kommen. Die Lohnspirale nach unten dreht sich weiter.

Gerade die europaweiten Proteste der letzten Monate, hätten die Chance geboten international einen Widerstand der EisenbahnerInnen aufzubauen. Der momentanen VIDA-Führung fehlt dazu offensichtliche politische Wille. Ein Grund mehr, eine kämpferische und demokratische Opposition in der VIDA auf zu bauen.



## ... wir hier unten!



## Fußball im Eurojahr

# Unser Spiel – Hände w

*Im Windschatten der Euro versuchen Konzerne ihre Profite in die Höhe zu treiben, Innenpolizeistaat auszubauen und RassistInnen am Stammtisch billige Punkte einzufahren*

von Harald Mahrer, SLP Wien

Seit Wochen schon trommeln die bekannten "Sportartikelhersteller" Kellys, Gösler und McDonalds, dass echtes Euro-Fieber nur mit ihren Produkten aufkommen könnte. Fußball ist in den letzten 20 Jahren ein Megageschäft geworden, der Weltverband FIFA macht mehr Umsatz als die größten Konzerne der Welt.

In Österreich versuchen die Handelskonzerne, die Sonntagsöffnung im Namen der Euro 2008 durchzupeitschen. Die Gewerkschaft argumentiert zwar dagegen, unternimmt aber letztlich nichts Wirkungsvolles.

## Mitsprache der Fans?

Wenn die Fans, Mitsprache bei ihren Vereinen einfordern, werden sie von den Managern bestenfalls verhöhnt. Uli Hoeneß, mehrfacher Manager des Jahres in der deutschen Bundesliga, ließ mit den berühmten Worten "Was glauben wir eigentlich, wer wir sind" die Bayern-Fans wissen, dass sie nicht allzu viel zählen. In England kostet ein Matchbesuch für eine vierköpfige Familie mittlerweile EUR 250,-; mehr als sechs mal so viel wie ein Kinobesuch. Vor 20 Jahren war Fußball noch günstiger als Kino (siehe auch Interview mit John Reid). In Deutschland werden gerade die Beginnzeiten "fernsehfreundlich" – wegen der Werbeeinnahmen – neu festgesetzt. Zweitligaspiele sollen nun sonntags um 12.30 Uhr Mittag angepfiffen werden. Ein Affront für jene Fans, die ihre Mannschaften im Stadion anfeuern wollen. Bei der Euro wird den Fans verboten, Stadien mit

Trikots, die Werbeaufschriften von Konkurrenten der offiziellen Sponsoren tragen, zu betreten.

## Fußball: Ein Spiel für Reiche?

Traditionell ist Fußball ein Sport der ArbeiterInnenklasse, in England wird er auch als "Ballett der ArbeiterInnenklasse" bezeichnet. Die SpielerInnen kommen auch noch immer vor allem aus diesem Milieu, bei den StadionbesucherInnen ist jedoch ein Wandel feststellbar. "Wenn ich den Rasen betrete, sehe ich auf der Tribüne Typen in schwarzen Anzügen, als ob sie zur Berdigung kommen.", meinte der französische Star Didier Deschamps anlässlich eines Großereignisses. Er hat nicht ganz unrecht. Bei diesen Eintrittspreisen können sich nur Besserverdienen die Karten leisten, dem "gemeinen Volk" bleibt zunehmend nur der Fernsehschirm. In den offiziellen Fanzonen werden die Fans abgezockt und dem Konzernterror ausgesetzt. Hier könnte eine ArbeiterInnen-Fanzone – organisiert von den Gewerkschaften – mit normalen Getränke- und Essenspreisen, die für Fans aller Nationalitäten offen ist, für Abhilfe sorgen.

## Fest der Völker oder dumpfer Rassismus

Fußball ist internationaler geworden, in vielen Ligen spielen Stars aus den verschiedensten Ländern. Auch in den Nationalteams finden sich zunehmend Spieler, deren Eltern Einwanderer waren. Diese

Entwicklung dämpft den offenen Rassismus in vielen Stadien, dennoch gibt es im Windschatten des Fußball auch immer wieder negative Beispiele. Der Brigittenauer Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gerhard Haslinger (FPÖ) schreibt allen Ernstes in der Bezirkszeitung: "Gelebter Patriotismus ist gefordert und wer nicht mit 100 Prozent zu seiner Nationalmannschaft steht, kann schon aus dem eigenen Volk mit Konsequenzen rechnen. ... Eine herrliche Zeit! Man darf ungestraft zeigen, dass man auf seine Nation stolz ist und man darf öffentlich sein Land lieben. ... Die gepredigte Vielfalt weicht der Nation, das Miteinander zerfällt zu Gegnern." So viel Stumpfsinn richtet sich wohl von selbst. Die überwiegende Mehrheit der Fußballinteressierten freut sich auf spannende Spiele, tolle Tricks und geniale Tore. Ohne Hass auf vermeintliche Gegner lässt es sich auch gleich viel besser jubeln. Allein schon deshalb sollten Fußballfans selbst dafür sorgen, dass rassistische Provokateure aus ihren Kurven geworfen werden.

## Gewalt gegen Frauen

Im Zuge von Welt- und Europameisterschaften im Männerfußball konnte in einer Studie in England nachgewiesen werden, dass zu diesen Zeiten, die Gewalt an Frauen um 30% zunimmt. Zwar versucht die österreichische Bundesregierung mit ihrer Kampagne gegen Männer-Gewalt da gegenzusteuern. Mehr Fördergelder – oder bloß die Höhe der Fördergelder aus der Vor-Blau-Schwarz-Ära – für Fraueninitiativen, Frauenhäuser oder Selbsthilfegruppen gibt es aber natürlich nicht. Und die Polizei ist sowieso mit was ganz anderem beschäftigt.

## Polizeistaat gegen Hooligans

Eine kleine Minderheit von Fans dominieren mit gewalttätigen Auseinandersetzungen oder

rassistischen Aktionen die Medienberichterstattung. Dies wird von den Innenministern in allen Ländern dazu missbraucht, immer schärfere Polizeistaatsmethoden auf den Fußballplätzen anzuwenden. Videoüberwachung, namentlich ausgestellte Eintrittskarten, Präventivhaft, Grenzkontrollen trotz Schengen-Abkommen, Hooligan-Dateien, ... all das führt zum gläsernen Fußballfan. Im Fußball ist heute vieles möglich, was unter "normalen Umständen" niemals geduldet würde. In Deutschland, Italien und England werden diese Maßnahmen aber bereits gegen Linke eingesetzt, die mit Fußball gar nichts zu tun haben. Hier droht die Einführung des Überwachungsstaates durch die Hintertüre. Die polizeiliche Repression und nicht selten Provokation fördert letztlich die Gewalt, wie beim Wiener Derby im Frühjahr 2007 gut zu sehen war. Martialische Robo-Cops marschierten in die Rapid-Kurve, worauf dort die Bänke aus der Verankerung gerissen wurden und den Polizisten um die Ohren flogen.

## Die SLP fordert:

- ▶ Für eine vereinsübergreifende, bundesweite Faninitiative, die die Fan-Interessen gegen die Geschäftemacher im Fußball vertritt.
- ▶ EUR 10,- Eintritt sind genug.
- ▶ Nein zur Polizeirepression in und um die Stadien. Nein zu Hooligan-Dateien, Präventivhaft und ähnlichen Maßnahmen.
- ▶ Selbstverwaltete Fan-OrdnerInnen-Dienste, die gegen Gewalt und rassistische Provokation in den Fankurven vorgehen. Nur die Fanklubs selbst können Stadionverbote aussprechen und auch durchsetzen.
- ▶ Eine Initiative von FußballspielerInnen und Fans aus unterschiedlichen Herkunftsländern, die an Schulen und Berufsschulen eine antirassistische Kampagne durchführen.

## "Hier wird der Versuch gestartet, die Sonntagsöffnung mit der Euro durchzuboxen"

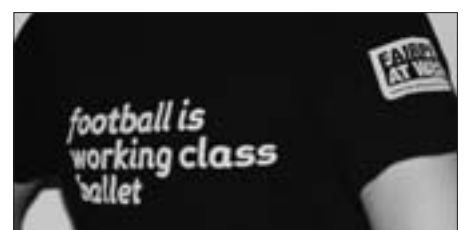
Interview mit Willi Mernyi von der ÖGB-Kampagne fairplayatwork

Vorwärts: Kann man sich aus Gewerkschaftssicht auf die Euro freuen?

Prinzipiell natürlich, weil die Euro ein Großereignis ist. In vielen Betrieben, die als Zulieferbetriebe tätig sind, gibt es zwar ein MEHR an Arbeit, dass von den Kolleginnen und Kollegen bewältigt wird, aber auf der anderen Seite bedeutet diese Arbeit natürlich Beschäftigung. Was wir als GewerkschafterInnen naturgemäß nicht so positiv sehen, sind die zig-tausend "Jobs", die hier rund um die Euro entstehen. Es sind eben keine Arbeitsplätze, sondern "Jobs". Da werden mit ungelernem Personal oder mit Studentinnen und Studenten Hilfsdienste erledigt, die unzureichend bezahlt werden und kaum vertraglich abgesichert sind. Wie immer hat auch diese "Medaille" zwei Seiten. Auf der einen Seite das Positive, dass Menschen unterschiedlichster Nationen sich hier zu einem großen Sportereignis treffen und wie ich hoffe, friedlich gemeinsam feiern. Auf der anderen Seite, dass es natürlich hier Unternehmer gibt, die ihre große Chance wittern, um mit primitiven Ausbeutermethoden ihren Gewinn zu machen.

Vorwärts: Welche Angriffe auf arbeitsrechtliche Standards gab es im Namen der Euro bereits? Was ist da noch zu befürchten?

Die lange Debatte rund um das Offenhalten der Geschäfte. Als Gewerkschafter führe ich diese Debatte rund um den Ladenschluss nun schon seit Jahren. Als aktiver Fußballfan weiß ich allerdings, dass das Argument der Handelsbetriebe, wenn am Sonntag gespielt wird, muss auch am Sonntag offen sein, vollkommen daneben ist. Menschen, die sich am Sonntag Nachmittag ein Spiel anschauen, sind meistens Stunden vorher in Stadionnähe. D.h. wer hier einkaufen will, muss ja das Einge kaufte vorher ins Hotel bringen. Trotzdem argumentieren die großen Handelsunternehmen weiter in diese Richtung. Es liegt auf der Hand, dass es hier nicht um Fußballfans geht, die einkaufen wollen, sondern hier ein genereller Versuch gestartet wird, die Sonntagsöffnung mit dem EM-2008-Beispiel durchzuboxen. Oft wurde das Argument vorgebracht: "Es ist doch widersinnig ein Einkaufszentrum neben dem Hoppel-Stadion zu errichten, dass dann während der Spiele geschlossen ist!" Das Argument wird seit drei Wochen nicht mehr verwendet, weil die Leitung des Einkaufszentrums beim Station beschlossen hat, dass sie von sich aus kein Interesse haben, am Sonntag während der Spiele zu öffnen. Man sieht an diesem Beispiel sehr deutlich, dass es in dieser Diskussion nur darum geht, auch den letzten arbeitsfreien Tag zu eliminieren.



Vorwärts: Wie versucht der ÖGB dagegen aufzutreten? Wie wurde das Angebot bislang aufgenommen?

Wir haben die Kampagne "Fairplay at work" gestartet. Bei dieser Kampagne geht es um mehrere Punkte:

1. Wir machen die Fußball-EM! Wir präsentieren Menschen, welche Dienstleistungen erbringen oder Produkte erzeugen, die im Zusammenhang mit der Europameisterschaft stehen. Wir beachten hier speziell den Gender-Aspekt und den migrantischen Hintergrund.
2. Die Hotline 0800 577 744. Der ÖGB bietet eine Gratis-Hotline an. Sie ist eine zentrale Nummer für arbeitsrechtliche Fragen. Die Nummer kann aus ganz Österreich gratis angerufen werden. Die Hotline ist gut frequentiert, die meisten Anrufe werden aber erst nach der EM erwartet.

Willi Mernyi ist Leiter des Referats für Kampagnen, Projekte und Zielgruppen des ÖGB. Er ist gelernter Starkstrommonteur, Kulturmanager und NLP-Coach.



weg!

minister den Jahren.



Reclaim the Game

von John Reid,  
Taschenbuch, 84 Seiten  
in englischer Sprache  
7. Auflage; 2005

ISBN: 1870958357

Bestellungen an:  
slp@slp.at

Online Version auf  
<http://www.socialistparty.org.uk/ReclaimTheGame/ReclaimtheGame.htm>



## “Die gigantischen Summen, die in den Fußball fließen, bringen dem normalen Fan nichts.”

Interview mit John Reid, Gewerkschafter und Sozialist, Autor von “Reclaim the Game”, Fanclub-Sekretär bei den Queens Park Rangers und Vertreter der vereinsübergreifenden “Football Supporters Association”.

*Vorwärts: Fiebert ein eingefleischter Fußball-Fan aus London der Europameisterschaft entgegen, obwohl die sich die "Three-Lions" nicht qualifizieren konnten?*

Da keine Mannschaft aus Britannien oder Irland für die Euro 2008 qualifiziert ist, ist auch weniger Enthusiasmus für das Turnier zu spüren. London ist jedoch eine der kosmopolitischsten Städte der Welt, in der viele Menschen aus allen qualifizierten Nationen leben, die die Pubs und Bars füllen und die Spiele mitverfolgen werden.

*Vorwärts: Welche Erfahrungen mit der Europameisterschaft haben die Fans in England bei der Meisterschaft 1996 gemacht? Wie erging's den tausenden ArbeiterInnen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben?*

Bei der Euro 1996 herrschte Karneval-Stimmung. Wenn England spielte, gab es Straßenfeste. Der Trafalgar Square im Zentrum Londons war gesteckt voll mit Fans, die auf Riesenleinwänden die Spiele sahen. Die Boulevard-Presse versuchte jedoch mit beleidigenden Artikeln gegen Spanien und Deutschland alte Ressentiments aus der britischen Militärgeschichte aufzuwärmen. Wir konnten zahlreiche Exemplare von "Reclaim the Game" vor den Stadien, in denen Spiele stattfanden, verkaufen.

*Vorwärts: In der englischen Premier-League steckt das meiste Kapital im europäischen Fußball. Doch erst heuer drückt sich diese Dominanz auch in der Champions-League durch drei Klubs unter den letzten vier aus. Spielt Geld nun doch besseren Fußball?*

Aus einem TV-Vertrag, der drei Jahre bis 2010 läuft, bezieht die Premier League £ 1,7 Milliarden (EUR 2,13 Mrd.), dazu kommen noch einmal £ 625 Millionen (EUR 781 Mill.) aus Auslands-TV-Rechten und weitere £ 400 Millionen (EUR 500 Mill.) für Internet- und Handy-Rechte. Die Premier-League wird in 600 Millionen Haushalte in 202 Ländern übertragen. Eine Milliarde Menschen verfolgten die Begegnung zwischen Arsenal und Manchester United in der Saison 2007/2008.

Geld und Erfolg hängen in allen europäischen Ligen zusammen. Die reichsten 20 Klubs dominieren den Fußball, in ihren jeweiligen Ligen und auch auf europäischer Ebene.

Die Premier League und andere europäische Top-Ligen kaufen seit einem Jahrzehnt die besten jungen Talente aus Afrika und Lateiname-

rika, sogar kommerzielle Rechte über Kinder werden gekauft. Das ist eine neue Form des Kolonialismus und der Fronarbeit.

*Vorwärts: Was haben Fans und Spieler von den enormen Summen, die in ihren Sport investiert werden? Dein Klub, die Queens Park Rangers, hat eigene Erfahrungen mit dem großen Geld. Er wurde 2007 von Flavio Briatore und Bernie Ecclestone gekauft. Wie sind die Aussichten für die R's aus deiner Sicht?*

Die gigantischen Summen, die in den Fußball fließen, bringen dem normalen Fan nichts. Die Fans werden abgezockt; ein Match-Besuch mit PartnerIn und zwei Kindern kostet zwischen £ 100,- und £ 200 (EUR 125,- – 250,-). Ein Kinobesuch käme auf £ 40,- (EUR 50,-). Vor der Einführung der Premier League war ein Matchbesuch günstiger als Kino. Die hohen Ticketpreise verwehren der jungen Generation den Zugang zum Fußball. Nur rund 7% der Saisonkarten-BesitzerInnen sind zwischen 16 und 24 Jahre. Der durchschnittliche Saison-Ticket-Besitzer ist 44. Die Fans aus der ArbeiterInnenklasse wurden durch Besserverdiener ersetzt. Eine neue Untersuchung zeigt, dass 30% der Chelsea-Fans mehr als £ 50.000,- im Jahr verdienen. Im Durchschnitt verdienen BritInnen £ 25.000,- im Jahr.

Die Spielergehälter sind um 900% seit der Saison 1992/93, der ersten Premier League Saison, gestiegen. Im Durchschnitt verdienen Spieler derzeit £ 700.000,- (EUR 875.000,-) pro Jahr, die Top-Spieler bekommen allerdings mehr als £ 100.000,- (EUR 125.000,-) pro Woche. Allerdings endet für drei Viertel aller Spieler Ihre Karriere bereits mit 21 Jahren; zum alten Eisen geworfen, oftmals ohne andere Berufsausbildung.

Sogar wenn ein Milliardär einen Verein übernimmt – und bei den Queens Park Rangers haben wir sogar zwei davon – bleiben die Fans am Ende übrig. Die Eintrittspreise für die nächste Saison steigen bei uns zwischen 30 und 50%. Im Bereich des Breitensports wurden 1.500 Schul-sportplätze während der neoliberalen Regenschaften von Thatcher und Blair an Immobilienhaie und Supermarktketten mit großem Profit verkauft.

*Vorwärts: Exorbitante Eintrittspreise, die Abschaffung der Stehtribünen und die Unterordnung unter Investoreninteressen führen zu einer Entfremdung zwischen Fans und ihren Klubs. Gibt es in Britannien Fan-Initiativen, die sich gegen diese Entwicklungen stellen?*

In der Saison 2002/2003 wurde Wimbledon FC von London ins 50 km entfernte Städtchen Milton Keynes verlegt und firmiert nun unter dem Namen MK Dons. Die Fans gründeten daraufhin den AFC Wimbledon, der nun in den unteren Ligen durchmarschiert und regelmäßig mehr als 3.000 Besucher anzieht. Der FC United of Manchester entstand in Opposition gegen die Übernahme von Manchester United durch einen amerikanischen Konzern. Auch dort kommen sehr viele Menschen, die vom Kommerzfußball genug haben, zu den Spielen. Dieser Trend gewinnt an Fahrt. Ein ähnlicher Schritt wurde ja auch bei euch in Österreich von den Fans der Salzburger Austria gesetzt, als ihr Verein vom neuen Eigentümer Red Bull einfach umbenannt und neu eingefärbt wurde.

*Vorwärts: Fußballfans im Allgemeinen, im Besonderen aber die britischen, sind gefürchtet, weil sie angeblich gewalttätig sind. Wie siehst du das Problem der Gewalt in und um die Stadien?*

Gewalt ist im britischen Fußball mittlerweile eine vernachlässigbare Größe. Die miserablen Bedingungen, unter denen viele Burschen in Britannien leben müssen – Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnungen, niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten führten traurigerweise dazu, dass eine kleine Minderheit, Kämpfe mit rivalisierenden Fangruppen als einzige Form der Unterhaltung ansieht. Diese Energie und diese Wut wäre besser gegen die Bosse, die sie bei der Arbeit ausbeuten und auch ihre Vereine führen, gerichtet.

*Vorwärts: In vielen Kurven werden rassistische Schmährufe skandiert. Wie beurteilst du das Problem Rassismus unter Fußballfans?*

Offener Rassismus ist im englischen Fußball heutzutage sehr selten, da die Mehrheit der Spieler Schwarze sind oder aus anderen Ländern kommen. Sie werden als Helden verehrt. Nichtsdestotrotz sind nur zwei schwarze Manager in den insgesamt 92 Profivereinen Englands zu finden. Nur rund 2% der Match-BesucherInnen sind schwarz, dies ist Ergebnis des widerwärtigen Rassismus', der im britischen Fußball vor 20 Jahren noch existierte.

Wir fordern in diesem Zusammenhang, die Unterbindung von Verteilaktionen von rassistischem und faschistischem Propagandamaterial in und vor den Stadien. Zuschauer, die dauernd rassistische Gesänge und Parolen grölen, sollen aus den Fankurven entfernt werden. Spieler

sollten in die Schulen gehen und dort gegen Rassismus auftreten und schwarze, asiatische und weiße Jugendliche ermuntern, gemeinsam zu den Spielen zu kommen – natürlich unterstützt durch die Verteilung günstiger oder kostenloser Eintrittskarten.

*Vorwärts: Wie sollte Fußball deiner Meinung nach organisiert werden? Wie siehst du die Zukunft des Fußball?*

Die Fans sollten nicht bloße Besucher der Spiele sein, sondern ihre Vereine selbst führen. Pay-TV sollte vergesellschaftet werden, um den Sport günstig in die Wohnzimmer der Menschen in aller Welt zu bringen. Die Vereine wären offen für Fans unterschiedlicher Begabung, hätten Mannschaften für unterschiedliche Altersklassen und Begabung, Frauenmannschaften und Mannschaften für behinderte und nicht behinderte SpielerInnen. All diese Mannschaften könnten sich in unterschiedlichen Ligen untereinander messen. Es würde sich alles um Zusammenarbeit und Beteiligung drehen.

Profispieler erhielten einen Facharbeiterlohn, der nach der Wertigkeit der Liga differenziert würde. Die Profitgier wäre Vergangenheit und die Fans könnten Topspiele für einen symbolischen Eintrittspreis besuchen. Der Kampf um das Spiel zurück zu gewinnen, ist eng verbunden mit dem Kampf, die Gesellschaft von der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien und eine sozialistische Gesellschaft, die auf internationaler Solidarität beruht, zu errichten.

*John Reid ist Autor von "Reclaim the Game" ("Das Spiel zurückfordern"), Sekretär der Queens Park Rangers Loyal Supporters Association, Funktionär der "Football Supporters Federation", Gewerkschafter in der RMT (Eisenbahner) und seit über 30 Jahren Sozialist in den Reihen des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI).*

### VERANSTALTUNG

#### EURO 2008: Unser Spiel – Ihr Profit

Sonntag, 8. Juni  
15.30 Uhr | Amerlinghaus

**Podiumsdiskussion**  
mit John Reid und Irene Müller (SLP)

anschließend Übertragung  
„Österreich-Kroatien“





### In eigener Sache

Wer die Jugend hat,  
hat die Zukunft

(W. I. Lenin)

Liebe Vorwärts-LeserInnen,

Seit der SLP-Gründung im Jahr 2000 spielen Jugendliche eine zentrale Rolle in unserem Parteileben. Wir waren zudem an allen wichtigen SchülerInnen- und Studierendenbewegungen der letzten Jahre aktiv beteiligt. Ebenso war die SLP die einzige Partei, die eine Kampagne gegen die Durchlöcherung des Kündigungsschutzes bei Lehrlingen geführt hat.

Aus der Überlegung heraus "jugendlichen Anliegen" noch stärker in der Zeitung eine Plattform zu bieten, wurde die Idee einer Jugendseite geboren, die zu einem fixen Bestandteil des Konzepts werden soll. Natürlich sollte die Verantwortung für die Jugendseite bei jüngeren SLPlern liegen, was auch gelang. Es wurde eine Jugend-Redaktion gegründet, bestehend aus Martin Ramberger und Sebastian Kugler, die sich eigenständig um die Themen und AutorInnen kümmern.

Diese Erneuerung konntest/ konntet du/Sie, liebeR Vorwärts-LeserIn, in den letzten zwei Ausgaben des Vorwärts in Augenschein nehmen. Da uns auch die Interessen und Meinungen unserer LeserInnen wichtig sind, kann man Anregungen oder Beschwerden an jugendseite@slp.at senden.

Deine/Ihre Jugendredaktion

# Phänomen "Rechtsrock"

## Keinen Raum für rechte Propaganda!

von Sebastian Kugler,  
SLP-Wien

Musik war schon immer ein beliebtes und effektives Medium um politische oder religiöse Überzeugungen weiterzugeben. In der Pop-Musik gibt es seit ihrem Bestehen ein klares Übergewicht der antifaschistischen und antikapitalistischen Texte und KünstlerInnen. Rechtsextreme, nationalistische oder faschistische MusikerInnen konnten sich bisher wenig bis gar nicht mit ihren menschenverachtenden Texten im Mainstream behaupten. Aber auch der dümmste Skinhead kommt irgendwann auf die Idee, dass er seine Ideologie mit einer Gitarre vielleicht besser anbringt als mit einem Baseballschläger.

### Phänomen "Rechtsrock"

Die 1980er Jahre markierten den Anfang des so genannten "Rechtsrock". Die britische Band "Skrewdriver" war der Vorreiter der internationalen "Blood and Honour" Szene, und bald erreichte das Phänomen "Rechtsrock" auch Deutschland. Die Platte "Der nette Mann" von der Band "Böhse Onkelz" war die erste Rockplatte, die wegen nationalsozialistischer Inhalte beschlagnahmt wurde. Auf ihr finden sich unter anderem Textstellen wie: "Wir sind die bösen Jungs/und herrschen mit der Rechten/wir sind die Herrscher und die Könige der Macht/ger-

meinsam werden wir die Welt regieren/.../heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt." Die "Onkelz" distanzieren sich nach einiger Zeit von dieser Platte, sie verdienen jedoch nach wie vor an ihr.

In den 1980er Jahren blieb rechtsextreme Musik jedoch ein Randgruppenphänomen. Das Epizentrum des Rechtsrock markierte damals das rechtsextreme Plattenlabel "Rock-O-Rama". Im Zuge von starkem antifaschistischen Widerstand verlor das Label jedoch an Bedeutung. Rechtsextreme Musik war deshalb nicht tot, im Gegenteil. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands radikalisierte sich die rechte Musikszene zunehmend. Es gab einige, im Musikbusiness erfolgreiche rechte Bands, zum Beispiel "Störkraft", die Anfang der Neunziger Jahre sogar im Fernsehen auftreten konnte. Andere, wie zum Beispiel "Landsler", versuchten erst gar nicht, eine Indizierung ihrer Platten zu verhindern, verherrlichten unverhohlen den Nationalsozialismus und riefen zur Gewalt gegen MigrantInnen auf. Heute erleben wir, dass rechtsextreme Musik so stark ist wie selten zuvor. Schätzungen zufolge veröffentlichten circa 380 deutsche Bands im Zeitraum zwischen 1990 und 2004 annähernd 1.000 Rechtsrock-Platten.

### "Schulhof-CDs"

Rechtsradikale Musik gilt als "Einstiegsdroge" in die rechte



Nazi-CD, die in Schulen verteilt wurde.

Szene, das wissen auch die Nazis. In Deutschland versuchten 2004 Rechtsradikale aus dem Lager der "freien Kameradschaften", durch so genannte "Schulhof-CDs" SchülerInnen mit ihrem Gedankengut zu infizieren. Sie verteilten vor Schulen einen Sampler mit dem Namen "Anpassung ist Feigheit. Lieder aus dem Untergrund". Auf ihm befanden sich Songs von einschlägigen rechtsextremen Bands wie "Noie Werte", "Frontalkraft" oder "Spirit of 88". Nachdem der Sampler verboten worden war, boten die Nazis ihn auf einer Website zum Download an und machten die Jugendlichen durch Plakataktionen nahe der Schule darauf aufmerksam. Die Rechtsradikale NPD nahm diese Idee sofort auf und produzierte für die Wahlen für den sächsischen Landtag eigene Schulhof-CDs, die vor allem das "junge Wählerpotential" ansprechen hätten sollen. Ihr Sampler "Schnauze Voll? Wahltag ist Zahntag!" enthält Songs derselben "Künstler", die bereits auf der ersten Schulhof-CD zu finden waren. Auch für den Bundestagswahlkampf 2005 verteilte die NPD über 20000 Exemplare des Samplers

"Der Schrecken aller linken Spießher und Pauker". Wieder waren beinahe dieselben Bands darauf vertreten wie bei der letzten Verteilaktion.

### Salonfähiges Spiel mit faschistischer "Ästhetik"?

Es gibt jedoch auch Bands, die sehr wohl im Mainstream erfolgreich sind und mit zweifelhaften Attitüden auf sich aufmerksam machen. "Rammstein" beispielsweise spielen sehr mit faschistischer "Ästhetik". In dem Video zu ihrem Song "Stripped" (einem "Depeche Mode"-Cover) verwenden sie Bildmaterial von Leni Riefenstahl. Auf ihr Spiel mit der NS-"Ästhetik" antworteten "Rammstein", dass sie nicht ins rechte Eck gestellt werden wollen und dass das ganze eher als Provokation gedacht war. 2001 veröffentlichten "Rammstein" den Song "Links 2 3 4" mit dem sie sich von allen Anschuldigungen distanzieren und zeigen wollen, dass sie "links" sind. Von Projekten wie "Rock gegen Rechts" halten sie sich jedoch trotzdem fern. Vielleicht aus Angst, einen Teil ihrer Hörerschaft zu vergrämen. Rechtsextreme Musik wird auch in Zukunft ein Problem sein - solange die rechte Szene nicht auf allen Gebieten offensiv ausgegrenzt und bekämpft wird. Jugendliche müssen hier selbst aktiv werden: Kein Raum, keine Sendezeit, keine Bewerbung, kein Plattenverkauf (...) für Rechtsrock!

## "Sozialistisch, aktiv, antifaschistisch und kreativ"

So lässt sich die Arbeit der SLP im Mai beschreiben. Das begann schon am 30. April, beim traditionellen Fackelzug der Sozialistischen Jugend. Dort präsentierten wir unsere neue Rassismus-Broschüre mit einem eigenen Straßentheater. Am 1. Mai war bei den SPÖ-Aufmärschen in Wien und Linz schlechte Stimmung spürbar. Das politische Misstrauen gegen die Regierung und ihre Politik wurde noch vom schlechten Wetter verstärkt. Phantasievoll der SPÖ-Umgang mit der TeilnehmerInnenanzahl (bei 5.000-max. 10.000 TeilnehmerInnen gab die Parteiführung

100.000 an): "Wenn des am Rathausplatz mehr wie 100.000 waren, dann war bei der Rapidmeisterfeier ganz Wien", brachte ein SP-Gewerkschafter die Zahlenkosmetik auf den Punkt. Die SLP thematisierte die Frage nach einer neuen linken Partei. Mit einem Riesen-transparent und einer eigenen Kundgebung - gemeinsam mit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften - die auf reges Interesse stieß legten wir mehr denn je wert auf klare politische Botschaften. In Salzburg war die 1. Mai Demo traditionell klein, ÖGB und SPÖ reduzieren sich

dort auf's Frühschoppen. So wurde die Demo stark von unserem kämpferischen Block geprägt. Einige linke Jugendliche sind jetzt mit uns im Gespräch. Insgesamt verkauften wir am 1. Mai 500 Ausgaben des Vorwärts. Allein 46 davon in Graz (wo nur die KPÖ und andere Linke marschieren).

### Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und Mai 68

Kreativ war auch das gut besuchte Pfingstseminar in Petronell/Carnuntum. Es ging um die Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewe-

gung. Wir näherten uns dem Thema nicht nur mit Referaten sondern auch mit drei Ausgaben einer eigenen "Seminar-Zeitung", einem SLP-Flugblatt zum Justizpalastbrand, improvisierten Liedern und Theaterstücken sowie einem Quiz.

Am 21. 5. hatten wir eine sehr gute besuchte Veranstaltung zum Mai 68 mit dem Buchautor Fritz Keller (Mai 68 eine revolutionäre Viertelstunde). Dazu gab es eine Signierstunde, ein 68-Bilderrätsel, lustige Berichte uvm. Mit "kreativen" Cocktails am Südwindstraßenfest (der Erlös dient zur Unterstützung internationaler sozia-

listischer Arbeit) ließen wir den Mai ausklingen. Nachtrag: Das nicht alles "kreativ" und lustig war sieht man vor allem an den zunehmenden Naziprovokationen bei unseren Kundgebungen und Aktionen. Wir meinen: Ein Grund mehr bei uns aktiv zu werden!

### SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauer-auftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

### DIE SLP-TREFFPUNKTE

#### LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

#### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,  
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

#### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

#### Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Lechenauers", Molnarplatz 16

#### Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

#### KLAGENFURT

jd. 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr,  
Jugendherberge - Neckheimgasse 6

#### WIEN

Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 18 Uhr,  
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,  
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

#### SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,  
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13,  
(U3, U6 Westbahnhof)

#### SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Piwnica, 20., Jägerstr. 38,  
(U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

#### SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,  
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,  
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Gefällt Dir das Vorwärts?



## Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und  
Kennwort "Abo"  
nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

### SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI  
[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)  
[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI-Site on China (English, Chinese)  
[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Páginas del CIT/CWI en español  
[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland





Neues aus dem CWI

**Belgien: Wachsender Unmut über fallenden Lebensstandard**

Die Gewerkschafts-Föderation ABVV veröffentlichte jüngst eine Studie über steigende Armut unter Erwerbstätigen. Anfang Mai kam es zu regionalen Gewerkschaftsaktionen; nationale Streiks sind bereits angekündigt. In Brüssel gab es Proteste gegen den amtierenden ausländerfeindlichen Bürgermeister und gegen Neonazigruppen. Eine Demonstration von "illegalen" Einwanderern wurde in Brüssel brutal niedergeschlagen. 130 DemonstrantInnen wurden verhaftet, darunter fünf Mitglieder der LSP/MAS (belgische CWI-Sektion). Diese verhafteten AsylbewerberInnen sind abgeschoben worden. Die Repression könnte ein Ende des Rechtes zur Selbstorganisation von AsylbewerberInnen bedeuten. Im Charleroi konnte die LSP/MAS und andere Organisationen das Auftreten einer Neonazigruppe am 1. Mai verhindern. Die LSP/MAS war am 1. Mai in 18 belgischen Städten präsent.

**ArbeiterInnen und Jugendliche leisten Widerstand gegen Sarkozy's Sozialabbau**

Die französische ArbeiterInnenschaft ist empört über den geplanten Sozialabbau. Sarkozy und Premierminister Villon wollen eine "Straffung" im öffentlichen Dienst verbunden mit einem Verlust von 11.200 Arbeitsplätzen im Bildungsbereich. Das langfristige Ziel ist der Abbau von 80.000 Arbeitsplätzen. Dies geht mit dem weiteren Abbau von Sozialleistungen einher z.B. im Gesundheitswesen. Am 18.5.2008 protestierten dagegen 35.000 LehrerInnen und Eltern. Am 22.5.2008 streikten die SchienenarbeiterInnen sowie ArbeiterInnen aus anderen Betrieben gegen Arbeitsplatzvernichtung. Die Absichten der Regierung sind klar, die Strategie der ArbeiterInnen muss der Aufbau einer massiven vereinigten Protestbewegung sein. Das Ziel ist ein Streik aller ArbeitnehmerInnen der öffentlichen und privaten Sektoren.

**Neue Linke in Griechenland im Aufwind**

Das im Vorjahr (wieder-)gegründete Bündnis SYRZIA ist radikal, kämpferisch, und für große gesellschaftliche Schichten attraktiv. Bei der Wahl verdoppelte SYRIZA fast seine Stimmzahl auf 5,1 Prozent. Danach hob ihre Unterstützung in den Umfragen ab. In der letzten Zeit gaben einige Umfragen SYRIZA bis zu 19 Prozent. (Interview mit SYRZIA-Aktivistin auf www.slp.at).

60 Jahre Israel: Eine blutige Falle?\*

# Nur Internationalismus kann Gewalt und Besatzung beenden

von Gerhard Ziegler und Franz Neuhold

Im Mai 1948 wurde (zumindest scheinbar) Wirklichkeit, was der Zionismus (Ideologie des jüdischen Nationalismus) seit Ende des 19. Jahrhunderts anstrebte, bzw. versprochen hatte: Ein eigener jüdischer Nationalstaat in Palästina. Seit der Gründung Israels haben JüdInnen auf der ganzen Welt in diesen Staat Hoffnungen auf ein Leben in Wohlstand und Sicherheit gesetzt.

60 Jahre später sind diese Hoffnungen - allen offiziellen Feierlichkeiten zum Trotz - teils erschüttert, teils völlig zerstört. Trotz einer gigantischen Militärmaschinerie fühlt sich die überwiegende Mehrheit der Israelis unsicher. Hinzu kommt das wachsende Missverhältnis zwischen Arm und Reich. SozialistInnen werfen dem Zionismus nicht vor, verfolgten JüdInnen einen sicheren Ort geboten zu haben. Unsere GenossInnen in Israel und weltweit thematisieren vor allem, dass gerade dies nicht gelungen ist. Allein ein Drittel der Holocaust-Überlebenden muss heute in Armut leben.

Anfänglich war der Zionismus für die größten Teile der jüdischen ArbeiterInnenschaft und selbst bürgerliche Schichten von wenig Interesse. In Europa scheiterten in der Zwischenkriegszeit mehrere Revolutionen und mit ihnen die Hoffnungen vieler jüdi-



scher ArbeiterInnen die Teilrevolutionärer Prozesse bzw. sozialistischer Organisationen waren. Die Folge waren die Siege des Faschismus und ein neuerlicher Weltkrieg. Zu den Pogromen und der Shoa (dem Holocaust) kam die schändliche Weigerung der meisten kapitalistischen Staaten, während der Nazi-Barbarei den verfolgten JüdInnen die Einreise zu gewähren. Somit blieb für viele JüdInnen der Zionismus als konkretes Angebot übrig.

Doch die Staatsgründung Israels 1948 löste keine Probleme, im Gegenteil: Sie schuf neue. Mit einher ging die Vertreibung hunderttausender PalästinenserInnen (Erster Nahost-Krieg 1948/49). Der

spätere erste Ministerpräsident Israels, Ben Gurion, überlegte schon 1937: "Die Araber werden gehen müssen, aber man benötigt einen passenden Moment, wie z. B. einen Krieg, um dies geschehen zu lassen." Dieses Verbrechen war Wasser gegen den Mühlstein der reaktionären arabischen Regimes, die ebenso wie der britische und US-Imperialismus ein Auge auf dieses strategisch wichtige Land warfen. Sie nutzten von nun an Antisemitismus, um den "eigenen" Massen gegenüber das Feindbild "Juden" aufzubauen.

Das führte gleichermaßen zu einer Belagerungssituation, einer Hochrüstung des imperialistischen Verbündeten Israels und fortgesetztem Leid auf pa-

lästinensischer Seite. Die Mehrheit der 1,5 Millionen EinwohnerInnen der besetzten Gebiete ist gegenwärtig arbeitslos und leidet an Unterernährung. Die unmenschliche Lage wird durch den Terror der israelischen Armee tagtäglich verstärkt. Doch dies ist nichts, was den Massen in Israel (jüdischen wie palästinensischen) irgendwelche Vorteile bringt.

Camil Fuchs, Professor an der Tel Aviv Universität und Experte für Meinungsumfragen meinte anlässlich der 60-Jahr-Feiern: "Eine große Mehrheit würde sagen, das Land ist am falschen Weg. Die grundsätzliche Stimmung ist schlecht". Es gibt "kein Vertrauen in die Regierung und kein Vertrauen in das Parlament".

Die Politik von SozialistInnen in Israel ist es, gegen die Besatzung, für die gemeinsamen sozialen Anliegen von ArbeiterInnen (hier wie dort) und für das Recht auf einen echten palästinensischen Staat einzutreten. Die Aufgabe von SozialistInnen in Palästina muss es sein, sich gegen die unsäglichen Anschläge auf ZivilistInnen in Israel zu stellen, Massenaktionen zur Verteidigung gegen Armee-Angriffe zu organisieren, aber auch an die israelischen Massen für eine Lösung von unten zu appellieren. Die Chancen dazu sind da: Eine wachsende Zahl jüdischer Israelis sieht die Besatzung immer kritischer. Ein bedeutender Teil lehnt sie ab. Immer mehr SoldatInnen verweigern den Einsatz in den besetzten Gebieten.

Für ein sozialistisches Israel neben einem sozialistischen Palästina als Teil einer freiwilligen Föderation des Nahen Ostens, mit dem Recht aller Flüchtlinge auf Rückkehr und demokratischen Rechten für jede Minderheit. Dafür und für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei setzt sich unsere israelische Schwesterorganisation Maavak Sozialisti ein.

\* Als "eine blutige Falle für Hunderttausende Juden" bezeichnete der sozialistische Revolutionär mit jüdischen Wurzeln Leo Trotzki die Lage im Palästina der 1930er aufgrund der strategischen Lage sowie der Einflussnahme des Imperialismus und seinen absehbaren Folgen.

Wie revolutionäres Potenzial in Indonesien nicht genutzt wurde

## Lebensmittelpreise sind sozialer Sprengstoff

von Anna Schneider, CWI

Laut Jean Ziegler, dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, sterben täglich ca. 100.000 Menschen, weil sie zuwenig zu Essen haben. Die steigenden Preise bei den Grundnahrungsmitteln sind für viele mehr ein Todesurteil.

**Hunger ist kein Schicksal ...**

... lautete in den 1980er Jahren ein Slogan. Auch heute bestimmen nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profitinteressen von Konzernen und SpekulantInnen über Leben und Tod von Millionen Menschen. Die Verzweiflung treibt in den letzten Monaten viele zu Protesten gegen die explodierenden Nahrungsmittelpreise. In einer Reihe von Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika gingen

Menschen auf die Straße. Regierungen und auch internationale Organisationen reagieren mit Gewalt und Repression. Aber die Proteste werden weiter gehen - und bergen revolutionäres Potential in sich.

**Hunger als Mutter der Revolution?**

Manche meinen, Revolutionen finden dann statt, wenn es den Menschen wirklich dreckig geht. Diesen Ansatz nennt man auch "Verelendungstheorie". Die Geschichte hat gezeigt, dass er nicht nur zynisch, sondern auch faktisch falsch ist. Nichts desto trotz können Proteste gegen z.B. steigende Lebensmittelpreise, gegen die staatliche Repression, mit denen diese Proteste beantwortet werden, gegen den stümperhaften Umgang von Regierungen mit

Katastrophen etc. der Beginn weitergehender Bewegungen sein.

**Indonesien 1998 - auf halbem Weg stehen geblieben**

In Indonesien explodierten 1997 als Folge der Asienkrise und eines "Hilfspaketes" von IWF und Weltbank die Nahrungsmittelpreise. Die darauf folgende Bewegung führte zum Sturz des Langzeitdiktators Suharto. Aber es gab zu der Zeit in Indonesien keine politische Kraft, die in der Lage und bereit war, die Bewegung weiter zu tragen. Die politische "Führung" bremste die Bewegung - auch linke Gruppen setzten auf ein Bündnis mit "fortschrittlichen" Bürgerlichen. Man beschränkte sich darauf, die Spitze des alten Regimes abzusetzen - änderte aber an den Macht- und Eigentumsverhältnissen in



Indonesien wenig. Die Folgen sind heute - 10 Jahre danach - deutlich. Am korrupten und repressiven Staatsapparat hat sich wenig geändert. Die nationalen Konflikte sind nicht gelöst. Nach wie vor lebt ca. ein Drittel der Bevölkerung in

Armut. Und gegen die jüngste Explosion bei Nahrungsmittelpreisen gibt es Proteste. Es ist zu hoffen, dass die Lehren aus 1998 gezogen wurden und diesmal keine halben Sachen gemacht werden.

In Asien werden 30-50% des Einkommens für Grundnahrungsmittel ausgegeben, in manchen Regionen der Welt sind es bis zu 80%. Der Preisindex für Nahrungsmittel ist im letzten Jahr um 57 % gestiegen - bei Reis stieg der Preis in nur zwei Monaten Anfang 2008 um 75 %, bei Weizen im letzten Jahr um 120 %.



# Nazi-Prozess in Oberösterreich

*Neuformierung der braunen Szene verhindern!*

Am 14. Mai begann am Landesgericht Wels der Prozess gegen fünf Rädelsführer des BFJ und der AFP (deren Jugendorganisation der BFJ ist) wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Der Staatsanwalt bezeichnete den BFJ ("Bund freier Jugend") als "direkte Neuschöpfung der Hitler-Jugend". Selbst die OÖ-Nachrichten berichtete: "Die (sic) BFJ organisierte Kampfschulungen, um die Mitglieder "fronttauglich" zu machen." Die SLP mobilisierte seit 2003 maßgeblich gegen BFJ und AFP in Oberösterreich und Wien ("Stüberheim" in Ottakring). Die Verhaftungen der BFJler 2007 waren ein Ergebnis des Drucks antifaschistischer Kräfte auf verschiedenen Ebenen.

Nun wird der Ausgang des Prozesses die Nazi-Szene beeinflussen und somit auch die Arbeit von AntifaschistInnen. Jedoch wird selbst ein volles Urteil (10 bis 20 Jahre unbedingt) das Problem des Rechtsextremismus nicht in Luft auflösen. Der BFJ ist dem Vernehmen nach am Zerbröseln. Allerdings gibt es schon



SLP-Block auf der Anti-Nazi-Demonstration am 19. April 2008 in Braunau, Oberösterreich. Aktivitäten wie diese werden zunehmend wichtiger.

heute neue organisatorische Versuche. Mit weiteren Abspaltungen und Neugründungen auch aus dem AFP/BFJ-Bereich ist zu rechnen.

Dies geht mit einer Radikalisierung einher, parallel zur Neuausrichtung der FPÖ nach der BZÖ-Abspaltung. Haben in der FPÖ heute fa-

schistische Kreise einen gesteigerten Einfluss, so werden sich auch in der von der FPÖ "unabhängigen" Nazi-Szene jene Stimmen mehr, die eine noch aggressivere Gangart bevorzugen. Die gewisse Zurückhaltung, die der BFJ in der Frage der offenen Gewaltausübung an den Tag legte, hat

nicht verhindert, dass es zu diesem Wiederbetätigungsprozess kam.

Im Falle eines sehr schwachen Urteils (dies ist trotz des hohen Mindeststrafrahmens möglich) oder gar Freispruchs würde es zu einer intensiven Phase öffentlicher Aktivitäten kommen. Auf solch eine Situation müssen sich AntifaschistInnen einstellen: Ernsthaftige Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit stünde dann bevor. Langfristig gilt das auf jeden Fall.

## Gründung der "NVP"

Kurz vor dem Prozessbeginn in Wels gründete sich in Kleinreifling (OÖ) eine neue rechtsaußen Gruppe, die "Nationale Volkspartei" NVP. Deren Chef ist kein Unbekannter: Robert Faller, ehemaliger Anführer der neonazistischen Kameradschaft Germania. Laut Bericht eines Antifaschisten aus der Region kamen ca. 30 TeilnehmerInnen in PKWs aus Braunau, Graz, Linz und Wien. Noch ist schwer einzuschätzen, ob die NVP - wie so manches Faller-Projekt - ein Rohrkrepierer ist. Entscheidend ist, dass es solche Versuche aus der rechten Szene gibt.

Die nötigen Geldgeber sind im Hintergrund vorhanden.

Dies wird durch eine aktuelle Postwurfsendung der AFP in mehreren oberösterreichischen Orten bestätigt. An die 100.000 Hochglanz-Flugblätter sind ausgeschickt worden. Darin bezeichnen sich die Angeklagten als "Patrioten", "gewaltfrei" und "idealistisch".

Die SLP verteilt seit Ende Mai in Linz Flugblätter, in denen auf diese Nazi-Aussendung reagiert wird. Auch gibt es Aufkleber, mit denen man die derzeitige Flut an Nazi-Pickerln eindämmen kann. Man kann das Auftauchen von Naziaufklebern, Schmierereien und Flugblättern bei uns melden. Wir entfernen diese auch gerne gemeinsam mit Ihnen/dir vor Ort und verbreiten Gegeninformation. Halten wir unsere Umwelt sauber!

## DISKUSSION

Was ist Faschismus und wie wir ihn bekämpfen

Donnerstag, 12.06.'08 19:00

"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

## Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

## Nazis raus aus der Brigittenau!

Die Auseinandersetzungen um den Ausbau des Islamischen Zentrums in der Dammstrasse wurden von der rechtsextremen und Neonazi-Szene benutzt, um sich in der Brigittenau zu verankern. An einer Demonstration am 13. 9.07 marschierten 120 Neonazis aus ganz Österreich mit und verteilten Material. Verschiedene Nazi-Gruppen versuchen sich nun gezielt in der Brigittenau aufzubauen, halten Treffen ab, verteilen Material, sprayen Hakenkreuze und versuchen MigrantInnen und AntifaschistInnen einzuschüchtern.

Für September hat die rassistische "Bürgerinitiative Dammstrasse" erneut eine Demo angekündigt. Wieder werden Nazis das als Aufmarschfeld nutzen. Das antirassistische Bündnis "Brigittenau gemeinsam gegen Rassismus und Nazis" hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Aufmarsch zu verhindern. Allein diese Ankündigung hat zu Reaktionen in der "Bürgerinitiative" geführt. Einige sind bereits dabei, das Vorhaben zu überdenken.

Gleichzeitig werden die Drohungen aus der Naziszene immer offener: Bei Informations-

Kundgebungen in den letzten Monaten kam es unter der Führung von Felix Budin zu Störversuchen. Budin war Führungskader der neonazistischen "Neuen Jugend Offensive". Er steht in einem Naheverhältnis zu Gottfried Küssel, der in den 1990er-Jahren wegen Wiederbetätigung im Gefängnis saß. Auf der Homepage der Bfj-nahen "Jungen Aktion" wird offen gedroht: "Antifaschismus ist keine Meinung sondern eine Geisteskrankheit! Wenn die Exekutive nicht bereit ist uns vor unheilbar Geisteskranken Rauschtätern wie dem Bündnis „Brigittenau gemeinsam gegen Rassismus und Nazis“ zu bewahren, werden die Brigittenauer zur Selbsthilfe schreiten müssen."

Ein Ergebnis der Aktivitäten des antirassistischen Bündnisses: die Bezirksvertretung nahm einen Antrag an, in dem die rechtsextremen Umtriebe verurteilt werden. Das ist gut, reicht aber angesichts der Bedrohung nicht. Wir wollen Menschen aus dem Bezirk zu gemeinsamer Aktivität gegen diese rechten Aktivitäten zusammenbringen. Denn klar ist auch, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.